

Beschluss des Bundesvorstands

21. April 2008, Berlin

Ursachen des Hungers endlich entschlossen bekämpfen

Es ist ein Skandal, dass nach wie vor über 850 Millionen Menschen weltweit hungern. In der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen ist als erstes Ziel festgehalten, bis 2015 die Zahl der hungernden Menschen zu halbieren. Doch die Etappenziele auf diesem Weg werden Jahr für Jahr verfehlt. Aktuell spitzt sich die Situation dramatisch zu. Verantwortlich hierfür ist der rapide Anstieg der Nahrungsmittelpreise weltweit. In den vergangenen zwölf Monaten sind laut der Welternährungsorganisation FAO die Preise für Grundnahrungsmittel wie Reis, Weizen und Mais bis zu 57 Prozent gestiegen. Arme Bevölkerungsschichten in Schwellen- und Entwicklungsländern haben bislang schon bis zu 80 Prozent ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgegeben. Jetzt können sie sich nicht mehr ausreichend versorgen. In Ländern wie Mexiko, Haiti, Ägypten oder Honduras ist es zu ersten Hunger-Aufständen gekommen, nach Einschätzung der FAO werden weitere Regionen folgen.

Hunger hat viele Ursachen

Die Ursachen für den dramatischen Anstieg der Lebensmittelpreise sind vielfältig:

- Die Agrarpolitik der europäischen Union und Nordamerikas mit ihren Zolllinien und Handels verzerrenden Exportsubventionen hat dazu geführt, dass die auf den eigenen Markt ausgerichtete Landwirtschaft in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern geschwächt oder sogar zerstört wurde.
Wer jahrzehntelang europäische Fischfangflotten subventioniert, die Afrikas Küsten leer fischen, ist direkt für Armut und Hunger der dortigen Küstenbevölkerung verantwortlich. Wer die Öffnung der Agrarmärkte der Entwicklungsländer erzwingt und dann mit Exporten zu Dumpingpreisen die Landwirtschaft in Entwicklungsländern ruiniert, darf sich nicht wundern, wenn dort die Lebensmittelproduktion sinkt.
- Gleichzeitig hat die deutsche und internationale Entwicklungspolitik versäumt, die ländliche Entwicklung und bäuerliche Strukturen zu stärken. Gerade einmal 3,1 Prozent des deutschen Etats für die bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit kommen direkt der Förderung von kleinbäuerlicher Landwirtschaft zugute.
- Steigende Energiepreise erhöhen die Produktionskosten einer betriebsmittelintensiven Landwirtschaft, denn die Herstellung von mineralischen Stickstoffdüngern und Pestiziden ist extrem energieaufwändig.
- Es wäre zu kurz gegriffen, allein die steigende Nachfrage nach Biosprit für die Preissteigerungen verantwortlich zu machen. Dies würde die Aufmerksamkeit von anderen Fehlentwicklungen ablenken, die ebenfalls korrigiert werden müssen. Bislang werden zwei

Prozent der weltweiten Anbaufläche für Energiepflanzen genutzt. Allerdings nimmt der Anbau zu. Um einer wachsenden Flächenkonkurrenz entgegenzuwirken, müssen schon heute Korrekturen in der Biotreibstoff-Politik vorgenommen werden.

- Ein weitaus größeres Problem stellt derzeit die Nachfrage nach Fleisch und Milchprodukten dar. Heute werden auf 30 Prozent der genutzten Agrarflächen Futtermittel für die Massentierhaltung angebaut. Tendenz steigend. Zur Erzeugung von 1 Kilogramm Rindfleisch werden bis zu 8 Kilogramm Getreide benötigt, die dann nicht mehr für die menschliche Ernährung zur Verfügung stehen. Der Anbau von Soja und anderen Futtermitteln findet in Entwicklungs- und Schwellenländern in agroindustriellen Strukturen mit miserablen Löhnen statt, der heimischen ländlichen Bevölkerung wird so die Existenzgrundlage entzogen.
- Hohe Gewinnprognosen im Nahrungsmittel- und Biospritsektor führen vermehrt zu Spekulationsgeschäften z.B. mit Getreide und Böden. Analysten führen die derzeitigen Preissteigerungen zum Teil auch auf Spekulationsgewinne zurück. Letztes Jahr waren zeitweise 84% der US-Weizenernte in der Hand von spekulativen Fonds.
- Der Klimawandel und darauf zurückzuführende Naturkatastrophen und Missernten verstärken die Misere, unter anderem durch eine Zunahme von Wasserknappheit und Wüstenbildung. Und dieser Faktor wird weiter zunehmen.
- Schlechte Politik in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern, die nicht auf die Entwicklung und Ernährung der breiten Bevölkerung ausgerichtet ist; ungerechte Landverteilung und Kriege sind weitere Faktoren, die zu den Armutsgeißeln Hunger und Unterernährung beitragen.

Umsteuerung in der Agrarpolitik dringend erforderlich

Das von den Grünen miterkämpfte und in den Leitlinien der FAO festgeschriebene „Recht auf Nahrung“ muss oberste Priorität haben. Das „Recht auf Nahrung“ muss bindendes Kriterium für nationale und internationale Politik werden. Dazu gehört das Recht auf Zugang zu Land, Wasser, Saatgut und Patenten.

Eine ungehemmte Intensivierung der Landwirtschaft bietet keinen Ausweg aus der Krise. Ständig wachsender Technik, Energie-, Pestizid- und Düngemiteleinsatz ist für die armen Landwirte in den Entwicklungsländern zu teuer. Darüber hinaus verursacht eine solche Intensivierung der Landwirtschaft schwere ökologische Schäden, die langfristig die Welternährung erst recht bedrohen. Außerdem taugen die Anbaurezepte der reichen Böden Amerikas oder Europas auf kargen Böden Afrikas noch lange nicht. Die Strategie der Gentech- und Saatgutmultis, die Welt mit Agrogentechnik und patentiertem HochleistungsSaatgut zu überziehen, ist gänzlich ungeeignet, den Hunger zu bekämpfen. Sie führt nur zu Enteignung, Verlust von Unabhängigkeit und birgt enorme Gefahren für die Biodiversität in Landwirtschaft und Natur.

Der Weltagrarrat IAASTD bestätigt in seinem, am 17. April 2008 veröffentlichten Weltagrarricht, dass industrielle Landwirtschaft und Agrogentechnik ungeeignet sind, um das Hungerproblem zu lösen. Der Bericht zeigt alternative Wege für eine nachhaltige und an die örtlichen Gegebenheiten angepasste Landwirtschaft auf, die mit unseren grünen Politikansätzen in der Agrarpolitik übereinstimmen.

Nachhaltige Landwirtschaft stärken

Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit fordern wir eine Stärkung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft vor Ort, die traditionelle Produktionsmethoden unterstützt. Die nachhaltige Produktion von Grundnahrungsmitteln für die Eigenversorgung sowie für lokale und regionale Märkte ist einer der wichtigsten Ansatzpunkte, um die Hungerproblematik in den Griff zu bekommen. Die Rechte der KleinbäuerInnen an ihrem Land müssen geschützt und Bodenreformen in Angriff genommen werden. Der Wissensaustausch zwischen den Erzeugern vor Ort muss gestärkt und Zugang zu Wissen über neue, Kosten extensive Bewirtschaftungsformen gefördert werden. Dazu gehört auch die Verpflichtung von Regierungen in Entwicklungsländern zu einer auf die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung ausgerichteten, systematische und korruptionsfreie Landwirtschaftspolitik und Entwicklung des ländlichen Raums.

Zur Etablierung eines fairen Agrarhandels müssen Nachhaltigkeits- und Menschenrechtskriterien für den gesamten Agrarsektor auf internationaler Ebene entwickelt werden und Bestandteil der WTO-Vereinbarungen werden. Dies ist eine Herkulesaufgabe, die sicher nicht von heute auf morgen bewerkstelligt werden kann. Aber sie muss heute begonnen werden.

Internationale Institutionen wie die Welternährungsorganisation (FAO) sowie das Umwelt- und das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNEP und UNDP) sind dazu aufgerufen, sich mit Nachdruck an der Entwicklung solcher Kriterien zu beteiligen.

Kurzfristig sollte geprüft werden, wie Nachhaltigkeits- und Menschenrechtskriterien schon heute in bilateralen bzw. regionalen Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Partnerländern oder Staatengruppen in Übersee verankert werden können.

Leitplanken für die Agrotreibstoff-Produktion

Der Anbau von Energiepflanzen nimmt weltweit zu. Es muss dringend schon heute Korrekturen geben, um einer zunehmenden Flächenkonkurrenz entgegenzuwirken.

Die Politik ist gefordert, starke Leitplanken einzuziehen, die dafür sorgen, dass die energetische Nutzung der Biomasse gleichzeitig eine positive Klimabilanz aufweist und weder das Hungerproblem verschärft noch zu Lasten der biologischen Vielfalt geht.

Die Schaffung eines Zertifizierungssystems, das verbindliche ökologische und soziale Standards für den Anbau von Energiepflanzen und die Produktion von Biosprit festlegt, ist notwendig, reicht aber nicht aus, um auch die Ausweicheffekte zu erfassen. Die internationale Gemeinschaft kommt nicht darum herum, die gesamte Politik von Ländern, die Energiepflanzen oder Biosprit exportieren wollen, anhand von Menschenrechts- und Nachhaltigkeitskriterien unter die Lupe zu nehmen: Sind nationale Flächennutzungspläne und Ressourcenmanagement an internationalen Abkommen zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung und zum Erhalt der biologischen Vielfalt ausgerichtet? Oder geht die energetische Nutzung von Biomasse einher mit Raubbau an der Natur und Verletzung von elementaren Menschenrechten? Außerdem muss die internationale Gemeinschaft mehr tun, um die Tropenwaldstaaten finanziell beim Schutz der Wälder zu unterstützen.

Änderung der Ernährungsverhaltens

Den Löwenanteil an Flächenverbrauch durch Futtermittel für Massentierhaltung verursachen die reichen Industrieländer. Darum müssen wir jetzt vorangehen und unseren Konsum an tierischen

Lebensmitteln deutlich einschränken. Wir brauchen eine ansprechende Aufklärungskampagne der Bundesregierung zu diesem Thema, damit VerbraucherInnen auf die Problematik und ihre eigenen Handlungsmöglichkeiten aufmerksam gemacht werden. Zugleich müssen wir unser Konsumverhalten grundlegend überdenken. Zur Sicherung der Welternährung und zum Klimaschutz muss dabei der Schwerpunkt auf regionale und saisonale Nahrungsmittel sowie auf Einsparung und Effizienz beim Energie- und Kraftstoffverbrauch gelegt werden.

Grüne Forderungen

Wir fordern, dass die Europäische Union im Rahmen der aktuellen Überprüfung der gemeinsamen Agrarpolitik den Weg hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft fortsetzt. Zahlungen von Beihilfen müssen zukünftig noch stärker an die Erbringung von gesellschaftlichen Leistungen gebunden werden. Durch eine stärkere Förderung der ländlichen Entwicklung, die Kopplung der Direktbeihilfen an die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Einführung eines Klimabonus für besonders klimaverträgliche Bewirtschaftungsformen muss die Umwelt und Klima schonende Landwirtschaft gestärkt werden. Zur Etablierung fairer Handelsbeziehungen müssen alle Handels verzerrende Exportsubventionen unabhängig vom Ausgang der derzeitigen WTO-Verhandlungen jetzt abgebaut werden. Wir fordern deshalb, dass die Subventionszahlungen für den Schweinefleisch-Export in Entwicklungsländer unverzüglich eingestellt werden.

- Die Bundesregierung muss endlich ihre Reformverweigerungshaltung bei der Diskussion um die europäische Agrarförderung aufgeben und sich konstruktiv an der zukunftsfähigen Umgestaltung der Agrarpolitik beteiligen. Es ist nicht länger hinzunehmen, dass Agrarminister Seehofer in erster Linie um die Agrarsubventionen für die industrielle Landwirtschaft und Konzerne wie RWE kämpft, während anderswo Menschen als Folge dieser Politik verhungern.
- Die Bundesregierung muss sich endlich für den Abschluss einer fairen Entwicklungsrunde bei den WTO-Verhandlungen einsetzen, der die Märkte der Industriestaaten für Entwicklungsländer öffnet und gleichzeitig den Interessen der Hungerbekämpfung Rechnung trägt, indem den Entwicklungsländern ausreichende Möglichkeiten zugestanden werden, ihre Landwirtschaft vor Dumping-Fluten zu schützen.
- Die Bundesregierung muss – neben notwendigen Soforthilfen - im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit mehr Geld zur Verfügung stellen für eine nachhaltige Entwicklung auf dem Land, die besonders Kleinbauern fördert und sich auch komplizierten Aufgaben wie der Unterstützung von Landreformen stellt. Dabei muss die Entwicklungshilfe die Politiken der Partnerländer in die Pflicht nehmen und stärker als bisher auf gute Regierungspraxis (good governance) und die Anwendung der internationalen Leitlinien zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung setzen.
- Um die zynische Spekulation mit dem Hunger einzudämmen, muss die Bundesregierung sich international für eine wirksamere Regulierung der Warenterminbörsen und die Einführung einer Börsenumsatzsteuer einsetzen.
- Die Bundesregierung muss sich auf internationaler Ebene für die Erarbeitung von Nachhaltigkeits- und Menschenrechtskriterien für die gesamte Agrarproduktion und deren Verankerung in der WTO und bilateralen Handelsabkommen stark machen.

- Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass die Biosprit-Ziele der Europäischen Union überprüft werden: Sie können nur dann beibehalten werden, wenn sichergestellt wird, dass sie nicht zur Hungerproblematik beitragen.
- Die Bundesregierung muss sich im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit dafür einsetzen, dass Menschen in Entwicklungsländern freien Zugang zu Land, Wasser, Saatgut haben, und Entwicklungsländer wieder verstärkt in die eigene ländliche Entwicklung investieren.

Wir danken Renate Künast, Jürgen Trittin, Bärbel Höhn, Thilo Hoppe und Ulrike Höfken für die Mitarbeit bei der Erstellung dieses Papiers.